

Merkel, Wolfgang

Book Part — Digitized Version

Kritik der Theorien vom "Ende des sozialdemokratischen Jahrhunderts"

Provided in Cooperation with:

WZB Berlin Social Science Center

Suggested Citation: Merkel, Wolfgang (1992) : Kritik der Theorien vom "Ende des sozialdemokratischen Jahrhunderts", In: Helga Grebing, Thomas Meyer (Ed.): Linksparteien und Gewerkschaften in Europa: die Zukunft einer Partnerschaft, ISBN 3-7663-2391-1, Bund-Verlag, Köln, pp. 47-80

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/112318>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



WZB-Open Access Digitalisate

WZB-Open Access digital copies

Das nachfolgende Dokument wurde zum Zweck der kostenfreien Onlinebereitstellung digitalisiert am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung gGmbH (WZB). Das WZB verfügt über die entsprechenden Nutzungsrechte. Sollten Sie sich durch die Onlineveröffentlichung des Dokuments wider Erwarten dennoch in Ihren Rechten verletzt sehen, kontaktieren Sie bitte das WZB postalisch oder per E-Mail:

Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung gGmbH
Bibliothek und wissenschaftliche Information
Reichpietschufer 50
D-10785 Berlin
E-Mail: bibliothek@wzb.eu

The following document was digitized at the Berlin Social Science Center (WZB) in order to make it publicly available online.

The WZB has the corresponding rights of use. If, against all possibility, you consider your rights to be violated by the online publication of this document, please contact the WZB by sending a letter or an e-mail to:

Berlin Social Science Center (WZB)
Library and Scientific Information
Reichpietschufer 50
D-10785 Berlin
e-mail: bibliothek@wzb.eu

Digitalisierung und Bereitstellung dieser Publikation erfolgten im Rahmen des Retrodigitalisierungsprojektes **OA 1000+**. Weitere Informationen zum Projekt und eine Liste der ca. 1 500 digitalisierten Texte sind unter <http://www.wzb.eu/de/bibliothek/serviceangebote/open-access/oa-1000> verfügbar.

This text was digitizing and published online as part of the digitizing-project **OA 1000+**. More about the project as well as a list of all the digitized documents (ca. 1 500) can be found at <http://www.wzb.eu/en/library/services/open-access/oa-1000>.

Wolfgang Merkel

Kritik der Theorien vom
»Ende des sozialdemokratischen Jahrhunderts«

Als sich zu Ende der 70er Jahre wirtschaftliches Wachstum, zweifellos der zentrale Parameter des wohlfahrtsstaatlichen Kompromisses, nicht mehr ohne verschärfte Verteilungskonflikte und negative außenwirtschaftliche Folgen über globale Nachfragesteuerung herstellen ließ, verloren die keynesianischen Steuerungsrezepte an wirtschaftlicher Wirkung und politischer Attraktivität. Der einstige Erfolgsvon Keynesianismus und Sozialdemokratie schien sich nunmehr zu verkehren, die Krise des Keynesianismus drohte die Krise der Sozialdemokratie nach sich zu ziehen.

In dieser Situation vergaßen Konservative, Neoliberale und Marxisten wieder einmal ihre Differenzen, und als ob eine unsichtbare Hand dieses babylonische Stimmengewirr dirigierte, formierten sie sich zu einem Chor, um mit mächtiger Stimme die Botschaft von der »Krise«, dem »Niedergang« und dem »Ende« der Sozialdemokratie zu verkünden. Unter der Rubrik »Ende des goldenen Zeitalters der Sozialdemokratie« erschien eine Flut politik- und sozialwissenschaftlicher Analysen (u. a. Buci-Glucksmann/Therborn 1982; Dahrendorf 1983; Przeworski 1985; Przeworski/Sprague 1986; Paterson/Thomas 1986; Scharpf 1987; Miliband/Libman/Panitch 1988; Share 1988; Markovits/Pelinka 1989), die mitunter die Konturen der Krise eher vor- als nachzeichneten. Folgt man diesen wissenschaftstheoretisch, methodisch und ideologisch höchst unterschiedlichen Analysen, lassen sich aus ihnen fünf entscheidende Entwicklungen herausfiltern, die die günstigen »Umweltbedingungen« für sozialdemokratische Politik irreversibel aufzulösen schienen:

Die Blockierung der keynesianischen Koordination

Die rasante Internationalisierung der Weltwirtschaft in den 70er Jahren, die Expansion der »offshore« Dollar-Märkte, die restriktive Geldpolitik der dominierenden Zentralbanken, wachsende Schulden des US-Haushaltes sowie der Verlust der »nationalen Zinssouveränität« (Scharpf 1987) ökonomischer Mittelmächte führten in der ersten Hälfte der 80er Jahre zu erheblichen Problemen für die Strategie des »Keynesianismus in einem Lande«. Es sind insbesondere drei Entwicklungen, die die Ressourcen sozialdemokratisch-keynesianischer Steuerung aufzuzehren drohten:

Erstens vollendete sich in den 70er und 80er Jahren die Internationalisierung der Kapital- und Gütermärkte. Staatliche Kontrollen der Kapital- und Geldströme wurden abgebaut, bzw. verloren auf nationalstaatlicher Ebene ihre Wirkung (Scharpf 1987, S. 301). Zweitens führte der zweite Ölpreisschock zu inflationstreibenden Kostensteigerungen auf der Angebotsseite und infolge der sich erneut ergebenden Leistungsbilanzdefizite der Industrieländer zu Ausfällen auf der Nachfrageseite. Drittens kam es insbesondere aufgrund des US-Haushaltsdefizits und der damit verbundenen Kreditnachfrage und restriktiven Geldpolitik der Federal Reserve Bank (bis 1982) zu einer Hochzinsphase, die auf alle westlichen Industrieländer übergriff, ja von diesen bei Strafe von Kapitalabflüssen mitgemacht werden mußte. Nicht investive Finanzanlagen versprachen in dieser Situation häufig sichere, schnellere und höhere Renditen als Realinvestitionen. »Die nationale Geldpolitik hatte damit ihre Zinssouveränität verloren.« (Scharpf 1987, S. 302)

Der Sozialdemokratie schien mit der Blockierung der »keynesianischen Koordination« ein ideales wirtschaftspolitisches Instrumentarium zu entgleiten, das es ihr in den ersten Jahrzehnten der Nachkriegsperiode erlaubt hatte, »gesellschaftsverändernde Programmatik und systemstabilisierende Pragmatik« (Vobruba 1983, S. 136) in Einklang zu bringen. Da gleichzeitig die Fiskalprobleme der Industriestaaten eine Überprüfung und »Rationalisierung« der sozialstaatlichen Ausgaben nahelegten,

schien auch die zweite Säule des sozialdemokratischen Nachkriegskompromisses in einer Phase brüchig zu werden, in der seine Leistungen angesichts der Beschäftigungsprobleme besonders gefragt gewesen wären. Der keynesianische Wohlfahrtsstaat, einst sozialdemokratische »Friedensformel« (Offe 1984, S. 14) zur Befriedigung der Spannungen zwischen Demokratie und Kapitalismus, schien nun selbst zu einem Problem zu werden.

Der Wandel der Sozialstruktur

Der technologische Fortschritt führte in den westlichen Industriegesellschaften seit den 60er Jahren zu einem beschleunigten Beschäftigungsabbau in der Industrie und einer weiteren Ausdehnung des Dienstleistungssektors. Die Folge war ein forciertes Schrumpfungsprozeß der Industriearbeiterschaft, der traditionellen Kernklientel sozialdemokratischer Parteien. Dieser Schrumpfungsprozeß wurde seit den 70er Jahren durch eine zunehmende Differenzierung unter den »blue collars« selbst begleitet. Die Spaltung in Arbeitsplatzbesitzer und Arbeitslose, Vollzeit- und Teilzeitbeschäftigte, Kern- und Randbelegschaften, Arbeiter im öffentlichen und privaten Sektor schien geradezu zwangsläufig eine zunehmende Ausdifferenzierung der Interessen der Arbeiterschaft nach sich zu ziehen. Diese Segmentierungsprozesse haben u. a. Mitte der 80er Jahre zu 20 Millionen Arbeitslosen in Westeuropa (32 Millionen im OECD-Bereich) geführt, von denen 5,6 Millionen über ein Jahr arbeitslos waren. Damit vergrößerte und etablierte sich eine »Underclass« (Dahrendorf 1984) jenseits von Klassenbewußtsein und Klassenorganisation, die zunehmend unerreichbarer für sozialdemokratische Mobilisierung und Wahlstrategien zu werden drohte.

Die in den 70er Jahren forciert ablaufende Fragmentierung des Rekrutierungsraums und die weitere Ausdifferenzierung der Interessenstruktur der Arbeiter machten es jedenfalls seit den 70er Jahren zunehmend schwieriger, diese undifferenziert als »Klasse« zu organisieren oder als Wähler gewinnen zu wollen.

Gleichzeitig nahmen die Beschäftigten im Dienstleistungssektor nicht nur an Zahl und wirtschaftlicher Bedeutung erheblich zu. Auch individuelle Leistung, Professionalisierung, sich pluralisierende Konsummuster und Lebensstile führten in den sich wandelnden Industriegesellschaften zu neuen, den ehemals zentralen Klassenkonflikt überlagernden Konfliktlinien und damit zu diffuser werdenden Strukturmerkmalen sozialer Stratifikation. Ulrich Beck spricht von einer »wohlfahrtsstaatlichen Enttraditionalisierung sozialer Klassen« (Beck 1986, S. 154), die über die Pluralisierung von Lebenslagen und Lebensstilen das Hierarchiemodell sozialer Klassen gleichsam unterläuft und zu einer Ausdünnung subkultureller Klassenbindungen geführt hat.

Allerdings darf man diese für die sozialdemokratischen Parteien negativen sozialstrukturellen Veränderungen nicht isoliert sehen. Sie müssen unter Berücksichtigung der spezifischen nationalen Besonderheiten mit jenen Veränderungen der Sozialstruktur »verrechnet« werden, die sich zugunsten sozialdemokratischer Wählerzustimmung auswirken dürften. An erster Stelle ist hier die weitere Schleifung der religiösen Konfliktlinie zu nennen. Aber auch die weitere Schrumpfung des landwirtschaftlichen Sektors sowie die gewachsene Zahl derer, deren Arbeitsplätze vom Ausbau und der Erhaltung des Wohlfahrtsstaates abhängen, dürften sich positiv auf sozialdemokratische Wahlergebnisse auswirken. Dennoch, trotz dieser häufig übersehenen Einschränkung war die Herstellung sozialdemokratischer Mehrheitsfähigkeit in den 80er Jahren zweifellos schwieriger, mit den traditionellen Mitteln allein unmöglich geworden.

Wertewandel und die neue Problematik sozialer und politischer Allianzen

Im Laufe der 70er Jahre nahm die Nachfrage nach postmateriellen Gütern gerade in den am stärksten entwickelten Wohlfahrtsstaaten zu. Die Forderung nach gesellschaftlicher Autonomie, politischer Partizipation, Gleichberechtigung der Geschlechter und Schutz der natürlichen Umwelt forderten das eindimensio-

nale Modell »Wachstum plus Verteilung« heraus. Das Auftauchen linkslibertärer und postmaterieller Forderungen und der gleichzeitige Rückgang egalitärer Werte in weiten Teilen der Mittelschichten sowie die Ausbreitung des »neuen« Materialismus der »Yuppie-Kultur« in den Großstädten der 80er Jahre haben für die Sozialdemokraten ein strategisches Trilemma in der Arena sozialer und politischer Allianzen entstehen lassen: Nun mußten die traditionelle Klientel der »alten« materialistisch orientierten Arbeiter und die links-libertär-postmaterialistisch geprägten Mittelschichten gemeinsam gewonnen werden. Gleichzeitig mußte ein solches politisches Projekt koalitionsfähig für politische Bündnisse mit den nicht selten an modernen liberalen Parteien gebundenen, aufstiegsorientierten Teilen der technischen Intelligenz und des mittleren Managements sein (vgl. Glotz 1985, S. 41).

Nur wenige Jahre nach dem Auftauchen ökologischer und postmaterieller Forderungen breiteten sich Lebensformen des »neuen« Materialismus aus. Innerhalb und am Rande dieser »Yuppie-Kultur« entwickelten sich Lebensstile und Lebensplanungen, die vornehmlich an Karriere, Status, Positionsgütern und qualitativ hochentwickelten Konsumformen orientiert waren. Da diese Gruppen sich aufgrund ihrer individualistisch-liberalen Präferenzen kaum von paternalistisch konservativen Parteien und nur sehr bedingt von christdemokratischen Volksparteien vertreten fühlen, tendieren sie eher zu radikalen neokonservativen oder neoliberalen Parteien. Tatsächlich mutierten manche der einst sozialliberalen Parteien Westeuropas in den 80er Jahren zu neoliberalen Vertretungsorganen des »neuen Materialismus« und der »Yuppie«-Kultur. Die Sozialdemokratie verlor nicht selten einen ehemaligen oder potentiellen Koalitionspartner zur Rechten (Kirchner 1988), während ihr zur Linken mit den ökologischen Parteien neue direkte Konkurrenten im Parteiensystem entstanden. Damit sahen sich die sozialdemokratischen Parteien programmatisch einer neoliberalen Rechten gegenüber, die staatliche Eingriffe in die Wirtschaft und den Wohlfahrtsstaat weitgehend ablehnte, sowie mit einer ökologischen Linken konfrontiert, die die sozialdemokratische

Orientierung an Wirtschaftswachstum, Zentralisierung und staatlichen Verteilungsbükratien kritisierte. Aufgrund ihrer häufig »organischen« Verbindung mit den Gewerkschaften war und ist es für die sozialdemokratischen Parteien nicht einfach, die neuen »materialistischen« und/ oder »postmaterialistischen« Interessen synthetisch repräsentieren zu können oder mit den diese Positionen vertretenden Parteien Koalitionen einzugehen. In jedem der hier denkbaren Bündnisfälle laufen die Sozialdemokraten Gefahr, Wählerstimmen in der Arbeiterschaft zu verlieren.

Der Verlust der Offensive im politischen Diskurs

Der Ökonom John Maynard Keynes hat auf die politische Macht von Ideen, Theorien und Diskursen hingewiesen: »The ideas of economists and political philosophers, both when they are right and when they are wrong«, schrieb er, »are more powerful than is commonly understood.« (Keynes 1936, S. 383) Politische Kraft und prägenden Einfluß können Theorien und Ideen in mindestens zweierlei Hinsicht entfalten: erstens als anleitende Rezepte und Expertisen für konkretes politisches Handeln staatlicher Akteure, hier sind es vor allem ökonomische Theorien und Theoreme, die unmittelbare politische Wirkung erzeugen, und zweitens als ein eher diffuses Set popularisierter Versionen von wissenschaftlichen Theorien und philosophischen Theoremen, die als Common sense, Trends und Zeitgeist in den Meinungsmedien und der Bevölkerung verbreitete Akzeptanz finden. Diese mehrheitlich akzeptierten Ansichten über Natur und Funktionsweisen der Wirtschaft und Gesellschaft, die Meinungen zur Rolle des Staates, die gemeinsamen politischen Ideale und kollektiven Erinnerungen an vergangene politische Erfahrungen und Ergebnisse, sie alle prägen den politischen Diskurs einer Nation (vgl. Hall 1989, S. 383). Sie werden in dem Maße zu »führenden politischen Akteuren«, wie sie neue Politiken, politische Arrangements und Allianzen zu formen vermögen (Hirschmann 1989, S. 356). Dies ist genau das, was bei Gramsci mit kultureller Hegemonie gemeint ist.

Die Wirkungen des politischen Diskurses auf die konkrete Politik hat Claus Offe (1984, S. 159 ff.) in einem Drei-Arenen-Modell zu erklären versucht. Die erste und sichtbarste Arena ist die des Staatsapparates, in dem die politischen Eliten ihre Entscheidungen in der Gesetzgebung, zum Haushalt und beispielsweise zu sozialpolitischen Programmen treffen. Darunter liegt eine zweite, schon deutlich weniger sichtbare Arena. Hier ist es eine Vielzahl von miteinander konkurrierenden und koalierenden Gruppen, Verbänden, also kollektiven Akteuren, die den Zugang zu gesellschaftlichen Ressourcen wie Produktions- und Kommunikationsmittel kontrollieren. Diese Akteure definieren nach einer jeweils spezifischen »Matrix der gesellschaftlichen Macht« (ebenda, S. 160) maßgeblich die politische Wahrnehmung und den Entscheidungsspielraum der politischen Eliten in der ersten Arena. Unter dieser zweiten Ebene der »social power matrix« liegt die dritte, am wenigsten greifbare Arena, in der sich der politische Diskurs abspielt, in der »schwer greifbare Kommunikationsströme die Gestalt der politischen Kultur bestimmen« (Habermas 1985, S. 159). Hier werden die »Trendwenden des Zeitgeistes« fabriziert, neue soziale Allianzen vorbereitet und neue politische Einflußkanäle geöffnet. Hier wird über die Kreation von neuen Werten, Idealen und Visionen (und dem Appell an diese) über die kulturelle Hegemonie in einer Gesellschaft entschieden. Auch wenn Claus Offe die genauen Interdependenzen zwischen den drei Arenen nur abstrakt faßt, ihren Zusammenhang »zyklisch« und »nicht hierarchisch« nennt, macht er deutlich, daß von der dritten die politische Agenda der ersten Arena wesentlich beeinflusst wird und erstere von letzterer ihrerseits stabilisiert oder wieder verändert werden kann (Offe 1984, S. 161).

In den 70er Jahren zeichneten sich nun in der dritten Arena auf zwei Diskursebenen, der wissenschaftlichen und der politisch-öffentlichen, Wandlungen ab, die die traditionellen sozialdemokratischen Werte, Konzepte und Ziele in die Defensive drängten. In der innerwirtschaftswissenschaftlichen Debatte vor allem der USA verlor die in den neoklassischen Synthesen von Hicks, Hansen und Samuelson zur herrschenden Orthodoxie

avancierte Variante des Keynesianismus (Joan Robinson: »Bastard-Keynesianismus«) schon in den 60er Jahren insbesondere gegenüber den Monetaristen an Boden. Doch erst die inflationären Tendenzen der späten 60er und vor allem die stagflationären Tendenzen der 70er Jahre entzauberten die keynesianischen Rezepte zur staatlich induzierten Nachfragestabilisierung. Der Monetarismus konnte nun plausibler machen, was er schon seit den 50er Jahren ohne große wissenschaftliche (und politische) Resonanz zu propagieren versucht hatte: nämlich, daß Inflation (nicht etwa Arbeitslosigkeit) das zentrale wirtschaftliche Übel sei und die monetaristische Theorie nicht nur eine Erklärung für ihr Entstehen, sondern auch gleich die Therapie zu ihrer Behebung und Vermeidung mitliefern könne (Johnson 1971, S. 7). An die Stelle der vulgärkeynesianischen Vernachlässigung des »money does not matter« setzten die Monetaristen eine am realen Wachstumstrend ausgerichtete Geldangebotssteuerung, durch die zyklische Aktivitätsschwankungen verstetigt und insbesondere inflationäre Tendenzen vermieden werden sollten. Die Fiskalpolitik soll auf ihre traditionellen finanzpolitischen Bereiche beschränkt werden, da durch fiskalpolitische Nachfragesteuerung nicht gleichzeitig Preis- und Geldwertstabilität mit gewährleistet werden könnten. Arbeitslosigkeit wird den Mechanismen des »vermachteten« Arbeitsmarktes zugeschrieben. Diese erlauben es, die Kollektivlöhne über das den Arbeitsmarkt räumende Lohnniveau steigen zu lassen. Wenn schon nicht die Entmachtung des »Kartells Gewerkschaften« auf dem Arbeitsmarkt durchgesetzt werden kann, so die Forderung, müssen wenigstens Bedingungen angestrebt werden, die die marktkonforme Flexibilisierung der Löhne (nach unten) ermöglichen. Damit ergibt sich, wenn nicht aus der Theorie selbst, so doch aus der vorgeschlagenen wirtschaftspolitischen Rezeptur gegenüber dem Keynesianismus ein Präferenzwandel vom hohen Beschäftigungsniveau zu Preisstabilität und Lohnflexibilität. Zwar ist die »monetaristische Gegenrevolution« gegenüber der »keynesianischen Revolution« nicht als Paradigmenwandel im Kuhnschen Sinne zu interpretieren, da sich beide auf die Gleichgewichtsanalyse der Klassik als Referenzsystem beziehen (Thieme 1982, S. 22) und der Keynesianismus als Theorie kei-

neswegs »erledigt« wurde. Doch die Monetaristen haben mit ihrem Theorie-Angriff auf die keynesianische Orthodoxie eine Bresche geschlagen, die vor allem auch den viel radikaler »entstaatlichten« Konzepten der neoklassischen Angebotstheoretiker den Wiedereinstieg in politiknahe Beraterfunktionen und Gutachtergremien erleichterte.

Allerdings finden ökonomische Expertisen keineswegs nur deswegen Eingang in die Wirtschaftspolitik von Regierungen, weil sie herrschende Lehrmeinung geworden sind. Ein solcher Zugang hängt vielmehr zum einen von der Struktur der nationalen Ökonomien, der parteipolitischen Machtverhältnisse, der institutionellen Struktur des Staates und dem variierenden Einfluß nationaler Schulen der Wirtschaftstheorie ab (vgl. Pekkari-
nen 1989, S. 311 ff.). Es hängt zum anderen in Wettbewerbsdemokratien aber vor allem auch davon ab, wie sich die neuen Lehrmeinungen in den allgemeinen politischen Diskurs einpassen lassen, inwieweit sie sich an allgemeine politische Werte und gesellschaftliche Sichtweisen der Wahlbevölkerung »anschließen« lassen. Scharpfs Vermutung, daß die komparativen Nachteile »einer Popularisierung keynesianischer Situationsdeutungen und Empfehlungen« (Scharpf 1987, S. 42) gegenüber den klaren und eindeutigen Ratschlägen der Neoklassik die wirtschaftspolitische Tendenzwende beschleunigt haben mag, besitzt hohe Plausibilität. Gegenüber der Faustregel »mehr Markt« blieb das situationsabhängige sowohl-als-auch keynesianischer Expertisen in seiner öffentlichen Wirkung auffallend blasser. Gerade in dieser Hinsicht paßten die »entstaatlichten« Wirtschaftstheorien des Monetarismus und der Neoklassik durchaus in den antietatistischen Zeitgeist der 80er Jahre, den sie geholfen haben mit zu prägen.

Spätestens seit Ende der 70er Jahre diffundierten Theorien und Theoreme über die Grenzen, Aporien und Dilemmata des »Projektes der Moderne« stärker ins öffentliche Bewußtsein der fortgeschrittenen Industriegesellschaften. Damit gerieten insbesondere auch dessen überzeugteste etatistische Verfechter, die Sozialdemokraten, im politischen Diskurs in die Defensive. In ihrem eigenen Modernisierungsprozeß nach dem Zweiten Weltkrieg

hatten die meisten sozialdemokratischen Parteien Abschied von philosophisch-weltanschaulichen Begründungen der Politik genommen. An ihre Stelle trat die keynesianische Variante des technokratisch-etatistischen Politikverständnisses, der sich zeitweise selbst bürgerliche Parteien kaum entziehen konnten. Aber insbesondere Sozialdemokraten betrachteten und betrieben die Ausweitung staatlicher Kompetenzen und betrachteten den Staat als »das eigentliche Gemeinwesen«. Die postulierten Grundwerte Freiheit und Gerechtigkeit wurden delegiert an gesellschaftliche Entwicklungen wie ökonomisches Wachstum und sozialstaatlich forcierte Modernisierung der Sozialbeziehungen, scheinbar garantiert durch die immerwährende Prosperität des keynesianischen Wohlfahrtsstaats (vgl. Kallscheuer 1983, S. 13 ff.). Doch gerade dieser normativ eher diffuse, etatistische Modernisierungswille brachte mit den rechtsförmig durchgesetzten wohlfahrtsstaatlichen Leistungen und Ansprüchen auch die Stilllegung von gesellschaftlichen Energien, Phantasien und Solidaritäten hervor, die Veränderung der Verhältnisse auch jenseits des Staates zu denken und zu realisieren (vgl. Gransow/Offe 1981, S. 558 f.).

Die etatistisch-technokratische Fixierung hat zweifellos die Fähigkeit der Sozialdemokratie untergraben, den politischen Diskurs um Reform, Fortschritt, Moderne (Paterson/Thomas 1986, S. 13), oder gesellschaftliche Solidarität zu prägen (Marquand 1987, S. 250). In den »Schumpeterianischen Achtzigern« (Giersch 1983; Dahrendorf 1989) bestimmten Individualismus, neoliberale Marktorientierung und privater Unternehmungsgeist auf der einen, aber auch ökologische Forderungen nach einem schonenderen Umfang mit den endlichen Ressourcen der Natur und größere individuelle wie gesellschaftliche Partizipation auf der anderen Seite die Arena der öffentlichen Diskurse. Viele sozialdemokratische Parteien verloren ihre einstige Dominanz, die Reformräume ihrer jeweiligen Länder zu definieren und mit einem (neuen) Projekt für die Zukunft zu besetzen (Markovits/Pelinka 1989, S. 347). Häufig hatten sie nur wenig mehr als die Verteidigung des Status quo anzubieten. Eine wenig attraktive und zukunftsweisende Option in der öffentlichen Debatte.

Die oben skizzierten Entwicklungslinien des Wandels westlicher Industriegesellschaften tauchen in verschiedenen Kombinationen, Hervorhebungen, Übersteigerungen oder Verabsolutierungen in sozialwissenschaftlichen Interpretationen der gesellschaftlichen Realität seit Mitte der 70er Jahre auf. Und als würden all diese Entwicklungen gleichzeitig unabhängig von spezifischen nationalen Kontexten auftreten und sich synergetisch verdichten, fanden Sozial- und Politikwissenschaftler – Konservative, Liberale, Marxisten, Postfordisten wie rational choice Theoretiker – eine universell gültige Krisentheorie für die Sozialdemokratie. Dabei vermischten sich nicht selten Tatsachenbehauptungen mit Werturteilen, ja selbst empirische Analysen fielen bisweilen ideologischen Vorlieben oder dem ästhetischen Anspruch nach hochentwickelten allgemeinen Theorien zum Opfer. Aber hinter der Harmonie der gleichen Botschaft lassen sich doch unterscheidbare Töne im Krisenchor vernehmen.

(Neo)-Liberalismus und (Neo)-Konservatismus:

Die These des überlasteten »sozialdemokratischen« Staates

Nicht gerade vorsichtig in ihren Prophezeiungen verkünden herausragende Vertreter des (Neo)-Liberalismus und Neo-Konservatismus nichts weniger als das »Ende des sozialdemokratischen Jahrhunderts« (Dahrendorf 1983, S. 16 ff.). Dem sozialdemokratischen Gesellschaftskonzept von »Wachstum, Gleichheit, Arbeit, Vernunft, Staat, Internationalismus« (ebenda S. 18) seien zu Ende des 20. Jahrhunderts die materiellen und ideellen Grundlagen entzogen worden. Das Ausbleiben von ausreichendem Wirtschaftswachstum mache die Finanzierung des sozialen Sicherheitsnetzes problematisch, wenn nicht unmöglich. Die stagflationären Tendenzen der 70er Jahre seien gekoppelt, wenn nicht gar ursächlich bedingt durch kartellierte »Verteilungsköalitionen« (Olson 1982), die in Wirtschaft und Gesellschaft Rigiditäten und korporative Ansprüche etablierten, die die unternehmerischen Handlungsmöglichkeiten einengten. Die Nachkriegsperiode des keynesianisch-wohlfahrtsstaatlichen

Kompromisses möge von Konsens, sozialen Anspruchs- und Verteilungsrechten geprägt gewesen sein. In den 80er Jahren seien jedoch Wettbewerbsfähigkeit und Flexibilität gefragter, um die in die Stagnation führenden Verkrustungen und Rigiditäten zu lösen. »The 1980s« schreibt Ralf Dahrendorf »were a decade of emphasis on the supply side, on choice rather than success« (1989, S. 134).

Darüber hinaus entziehe die Tendenz, daß der Arbeitsgesellschaft die Arbeit ausgehe, den sozialdemokratischen Arbeiterparteien nicht nur Teile ihrer sozialen Basis, sondern der sozialdemokratischen Programmatik und Ideenwelt komme auch der gesellschaftspolitisch zentrale Arbeitsbegriff abhanden; »der wohlwollende Staat« als »die zentrale Instanz sozialdemokratischen Handelns« (ebenda S. 22) in Wirtschaft und Gesellschaft werde von den Bürgern zunehmend weniger als »wohlwollend« empfunden, »sondern als teurer Versager«. Bündig schließt Dahrendorf, und dabei hindern ihn weder seine empirisch fragwürdigen Prämissen noch seine theoretisch unzureichende Argumentation: das sozialdemokratische Programm »ist ein Thema von gestern« (ebenda S. 23; 1987, S. 91).

Auch wenn die Thesen vieler prominenter Verfechter des neuen Liberalismus und Konservatismus insbesondere in den Wirtschaftswissenschaften meist differenzierter vorgetragen werden als in Dahrendorfs sozialwissenschaftlichen Essays, gleichen sich Struktur und Substanz der Argumentationslogik. Ihr gemeinsam ist das Argument, daß mit dem Auf- und Ausbau des Sozialstaates die Sozialdemokratie ihre historische Aufgabe erfüllt habe. Aber in der Erfüllung dieser Aufgabe hätten sie die Wirtschaft überlastet, die selbstregulativen Kräfte des Marktes gestört und die Anreize zu unternehmerischer Initiative und ökonomischer Selbstverantwortung geschwächt. Die Sozialdemokraten hätten insbesondere die wirtschaftlichen und gesellschaftspolitischen Steuerungsmöglichkeiten des Staates überschätzt. Unterschätzt hätten sie die paralysierenden Wirkungen, die von »hypertropher« Staatstätigkeit auf wirtschaftliche Prosperität und soziale Wohlfahrt ausgehe. »Big governments«, brachte Richard Rose dieses Argument auf die bündige Formel,

lösen wirtschaftliche und soziale Probleme nicht, sie schaffen sie erst (Rose 1980; OECD 1985). Darüber hinaus sei die Kontrolle über ein Wohlfahrtssystem verlorengegangen, das politischen und konsumptiven Hedonismus erzeuge, dessen Befriedigung wiederum zu einer Ausdehnung des Wohlfahrtsstaates führe (Bell 1976) und der paradoxerweise immer jene Probleme der Anspruchsinflation neu erzeuge, mit deren Lösung er sich dann zu beschäftigen habe.

Liberaler (Dahrendorf), Neokonservativer (Bell; Crozier u. a.), Angebotsökonom (Laffer), Monetarist (Friedman), Fiskalkonservativer (Hayek) oder die Begründer der *public choice theory* bzw. der *constitutional economics* (Buchanan, Tullock) argumentieren bei allen sonstigen Unterschieden gemeinsam, daß es zum Wohle aller sei, wenn der Staat sich aus der Wirtschaft jenseit ordnungspolitischer Vorgaben weitgehend heraushalte und Investoren nicht länger in ihren Entscheidungen von verteilungspolitisch motivierten Interventionen und Auflagen des Staates eingeschränkt würden. Da sich aber der Staat in den Markt eingemischt habe, Eigentumsrechte beschränkt und den freien Austausch von Gütern und Dienstleistungen behindert habe, müsse es bei Wirtschaftsreformen um »institutionelle Reformen« gehen, »die den Austausch von Gütern von politischen Interventionen befreien« (Buchanan 1990). Es sei höchste Zeit, argumentierte Herbert Giersch, einer der Wortführer der (neoliberalen) Wirtschaftswissenschaften in der Bundesrepublik, die »schikanösen Institutionen der *mixed economy*« abzubauen. Etabliert werden müsse »ein fundamentales Recht des Unternehmertums, das man als negative Freiheit definieren kann, d. h. als die Freiheit von all jenen Regeln und Regulierungen, die unternehmerische Aktivitäten einschränken« (Giersch 1985, S. 13). »Schumpeter, der Apostel des innovativen Unternehmertums verdient es längst, Keynes als Wirtschaftsheiligen für den Rest des Jahrhunderts nachzufolgen« (Giersch 1985, S. 3 f.).

Paleomarxismus: Der Zusammenbruch des sozialdemokratischen Reformismus

Während Liberale und Neokonservative die »Überdehnung des Wohlfahrtsstaates« kritisieren und über »zuviel Staat« lamentieren, klagen die orthodoxen Marxisten über »zuviel Markt« im »sozialdemokratischen Staat«. Der Maßstab ihrer Kritik ist die anzustrebende sozialistische Gesellschaft. Sie kritisieren die Sozialdemokratie, daß diese die sozialistische Transformation der kapitalistischen Gesellschaft nicht nur nicht realisiert oder eingeleitet, sondern sie letztendlich ver-, zumindest aber behindert habe (Miliband/Liebmann 1986, S. 483). Der Grund wird zum einen in der Wirkung von Robert Michels »ehernem Gesetz der Oligarchie« gesucht, das die an ihren »sicheren« Positionen (Politik als Beruf) interessierten sozialdemokratischen Führer zu »Managern des Konsenses« in der kapitalistischen Gesellschaft macht (ebenda S. 482 f.). Zum anderen habe die Preisgabe außerparlamentarischer Massenaktionen den »Neoreformismus« zu einem alles determinierenden »Elektoralismus« geführt: Der Wunsch, argumentiert Marcel Liebman im Socialist Register, an den Wahlen Erfolg zu haben, führte zwangsläufig zu einer Verwässerung des sozialdemokratischen Programms und einem »furchtsamen Zentrismus« (Liebmann 1986, S. 13). Damit stärkte die Sozialdemokratie gerade jene Ideen und Strukturen, die in der Wirtschaftskrise der 70er Jahre sozialistische Lösungswege blockierten. Konsequenterweise folgert Leo Panitch in demselben Band des Socialist Register, die Krise der sozialdemokratischen Parteien sei keineswegs zufällig, sondern von diesen selbst verschuldet. Die Akzeptanz der Struktur des kapitalistischen Staates, die Propagierung von Klassenharmonie, die exzessive Konzentrierung auf Wählermehrheiten und parlamentarische Arbeit, die Arbeitsteilung zwischen gewerkschaftlicher und politischer Organisation, all dies mündete in eine Selbstentwaffnung der linken Reformparteien (Panitch 1986, S. 92). Als dann der »Kollaps des Keynesianismus« und der »Zusammenbruch des Neokorporatismus« (ebenda S. 52) seit der Weltwirtschaftskrise die Handlungsspielräume der Sozialdemokratie rigide verengt habe, hätte die Sozialdemokra-

tie infolge ihrer Selbstentwaffnung auch die drastische Verminderung der Chancen auf dem Wählermarkt konstatieren müssen.

Wo sie aber wie die Sozialisten Südeuropas gerade in den 70er und 80er Jahren Wahlerfolge verbuchten, hätten sie als Regierungsparteien nur »reagonomics with a socialist gloss« (Petras 1984, S. 42) verfolgt. Dies hätte zum einen daran gelegen, daß die Wirtschaftseliten der sozialistischen Parteien von ihrer professionellen Ausbildung her über einen neoklassischen Hintergrund verfügten und deshalb die Handlungsrestriktionen für eine sozialistische oder zumindest umverteilende Wirtschaftspolitik maßlos überschätzen. Konsequenterweise optierten sie dann für fiskalische Orthodoxie, generöse Zugeständnisse an die Privatinvestoren und neue Restriktionen für die Arbeiterklasse. Sie schlugen einen politischen Kurs ein der dem Thatcherismus und den *Reagonomics* zum Verwechseln ähnelte. Neben einigen verschwörungstheoretischen Anklängen ist das Kernargument der orthodoxen Marxisten klar: Weil die Sozialdemokraten den »korrekten Weg« zum Sozialismus einst verlassen hatten, seien sie später Opfer ihres selbstmörderischen Versuchs geworden, den Kapitalismus sozialer zu verwalten.

Postfordismus: Die Krise des »Fordismus« als Krise der Sozialdemokratie

Der Begriff Fordismus, Ende der 20er Jahre schon von Gramsci und deMan gebraucht, wurde von der französischen Regulationsschule (u. a. Aglietta 1976; 1982; Boyer 1988; Lipietz 1982; 1985; 1987) in den 70er und 80er Jahren in die Diskurse der Wirtschafts- und Sozial- und Politikwissenschaften eingeführt und prominent gemacht. Unter Einbeziehung institutioneller Strukturen in ein breitgefächertes makroökonomisches Analyseinstrumentarium versuch(t)en die französischen Gründerväter der Regulationstheorie, Aglietta, Lipietz und Boyer, historisch-strukturelle Wandlungsprozesse kapitalistischer Gesellschaften konzeptionell zu rekonstruieren. Soziale Verhält-

nisse in kapitalistischen Gesellschaften, so ein Grundgedanke der Regulationstheoretiker, gehorchen einer bestimmten gemeinsamen Logik internen Wandels. Doch abweichend von der marxistischen Politökonomie, begreifen Aglietta, Lipietz und Boyer diese Logik keineswegs als invariant aus dem Waren- und Lohnverhältnis determiniert, sondern setzen anstelle des hinsichtlich der gesellschaftlichen Steuerung als passiv interpretierten Begriff der Reproduktion jenen der Regulation, der die soziale Praxis handelnder Individuen und Klassen ebenso in die Analyse kapitalistischer Entwicklung einbezieht wie die Regulationswirkung gesellschaftlicher und staatlicher Institutionen.

Die beiden zentralen Begriffe der Regulationstheoretiker für die Konzeptualisierung kapitalistischer Entwicklung sind *Akkumulationsregime* und *Regulationsweise*. Historisch abgegrenzte Wachstumsperioden kapitalistischer Entwicklung, die über längere Zeit hinweg eine Kohärenz zwischen den sich wandelnden Produktions- und Konsumnormen aufweisen, werden als Akkumulationsregime charakterisiert. Diese stiften über spezifische *Regulationsweisen*, wie etwa die des Waren- und Geldverkehrs, des Lohnverhältnisses und der Staatsintervention, die notwendige Kompatibilität der ökonomischen und institutionellen Organisation einer Gesellschaft. In den Worten Boyers: sie regulieren die Art und Weise, »in which the system as a whole functions, the conjunction of economic mechanisms associated with a given set of social relationships, of institutional forms and structures« (Boyer 1979, S. 100). Jedes Akkumulationsregime ist mit einer bestimmten Regulationsweise verbunden. Ungleichgewichte zwischen beiden führen zu Reproduktionskrisen. Sind diese Disproportionen groß genug, kommt es zu tiefgreifenden Wirtschaftskrisen, in deren Verlauf sich die konkrete Gestalt der alten Regulationsweisen auflöst und durch eine neue regulative Konfiguration ersetzt wird. Es kommt zu einer fundamentalen Reorganisation kapitalistischer Produktion und Reproduktion (Delorme 1987, S. 199), einer Reorganisation, wie sie sich seit den 70er Jahren im Übergang vom Fordismus zum Postfordismus vollziehe.

Fordismus nennen die Regulationstheoretiker jenes Akkumula-

tionsregime innerhalb der kapitalistischen Entwicklung, das sich von 1945 bis zur Weltwirtschaftskrise 1974 (Kernperiode 1950–1967) unter US-amerikanischer Hegemonie in den fortgeschrittenen kapitalistischen Industrieländern entwickelt und verbreitet hat. Der Terminus »Fordismus« beschreibt dabei das produktionsorganisatorische Konzept der tayloristischen Arbeitsteilung in der industriellen Massenproduktion, die wissenschaftlichen Planungsmethoden auf Betriebsebene *sowie* die hohen Reallohnsteigerungen und sozialen Innovationen in den Arbeitsbeziehungen, wie sie zu Beginn der 20er Jahre in den Fabriken des Autoherstellers Ford erstmals praktiziert wurden. Idealtypisch waren die »fordistischen« Akkumulationsregime der Nachkriegsjahrzehnte durch folgende Regulationsweise strukturiert:

- die tayloristisch organisierte Massenproduktion, die mit der Durchsetzung von Produktionslinien eine *economy of scale* ermöglichte;
- damit verbunden war die quantitative Ausweitung der Arbeiterklasse und die Entwicklung stabil wachsender Absatzmärkte;
- die kontinuierliche Expansion der internen Absatzmärkte wurde ermöglicht durch den »Kompromiß« zwischen Lohnabhängigen und Investoren, die Reallohnwächse nach Maßgabe der Produktivitätsentwicklung zu bemessen (Boyer: »Teilung der Fortschrittsdividende«);
- dadurch wird nicht nur die Verteilungsrelation zwischen Kapital und Arbeit stabilisiert, sondern auch ein stetiger Zuwachs der Konsumgüternachfrage gesichert;
- die sozialstaatlich abgesicherte Reproduktion der Arbeitskraft wirkt ökonomisch stabilisierend und sozial ausgleichend.

Der ideologische Kitt, der die o. g. Einzelelemente zu einem kohärenten »historischen Block« verband und bei den ökonomisch herrschenden und beherrschten Klassen Legitimation und Akzeptanz beschaffte, war das »hegemoniale Projekt des keyne-

sianischen Wohlfahrtsstaates« und seines engagiertesten Architekten der Sozialdemokratie (Hirsch/Roth 1986, S. 74). Durch den insbesondere von sozialdemokratischen Regierungen strukturell eingebauten reformistischen Verteilungspluralismus sei der politische Regulierungsapparat des Fordismus auf kontinuierliches Wirtschaftswachstum und relative Vollbeschäftigung angewiesen gewesen. Ökonomische Notwendigkeiten und sozialdemokratische Politikstile deckten sich. In diesem Sinne werden sozialdemokratische Parteien in funktionalistischer Manier als *die* Massenintegrationspartei (par excellence) der fordistischen Periode angesehen (vgl. Häußler/ Hirsch 1987, S. 665).

Doch mit Beginn der 70er Jahre, so die französischen und bundesdeutschen Vertreter des Postfordismus-Theorems, habe die einst kohärente fordistische Konfiguration begonnen, sich von innen her aufzulösen (Boyer 1988, S. 197 f.). Der Fordismus wird seitdem sukzessive von einem »postfordistischen« Akkumulationsregime abgelöst. Allerdings löste sich im Prozesse dieses Übergangs auch endgültig die Kohärenz des Krisenparadigmas der Regulationstheoretiker in pluralistische Deutungsmuster auf (vgl. Hübner 1989, S. 201 ff.). Während Lipietz die Krise des Fordismus orthodox aus dem Marxschen Gesetz des tendenziellen Falles der Profitrate erklärt, Boyer wechselnde Varianten der *profit squeeze*-These favorisiert, bestreiten andere generell die Möglichkeit, die Krise aus einer monokausalen Sequenz zu erklären, wie das noch Aglietta in der folgenden Kausalkette tut: Klassenkämpfe in der Produktion – rückläufige Zuwächse der Mehrwerten – Verlangsamung des Innovationstempos – ungleiche Entwicklung des Investitions- und Konsumgütersektors – Anstieg der organischen Zusammensetzung des Kapitals – Fall der Profitrate (vgl. Hübner 1989, S. 210) und daraus resultierend der Zwang der Reorganisation von Produktion und Reproduktion. Gleichermäßen uneinheitlich wird das aus dieser »großen Krise« hervorgehende neue Akkumulationsregime des Postfordismus beschrieben. Aber auch wenn die Konturen des Postfordismus noch genauer zu bestimmen sind, ja das Präfix *post* geradezu darauf hinweist,

»daß dessen Benutzer buchstäblich nicht wissen, worüber sie reden« (Jessop 1988, S. 385), gibt es bestimmte Kernelemente, die von den meisten Regulationstheoretikern zum invarianten Bestand des sich entwickelnden postfordistischen Akkumulationsregimes zu rechnen sind:

- zurückgehende Zuwachsraten der Arbeitsproduktivität werden als entscheidende Einbruchstelle des fordistischen Akkumulationsregimes gesehen;
- die tayloristisch-fordistischen Konzepte der Arbeitsorganisation erweisen sich zunehmend als inadäquat, die fortschreitende individualisierende Konsumgüternachfrage zu befriedigen; flexible Spezialisierung löst Massenproduktion (und Massenkonsum) tendenziell ab;
- Entkopplung von Produktivitäts- und Masseneinkommenszuwachsen, d. h. Aufkündigung des Kompromisses zur Aufteilung der »Fortschrittsdividende«, um Profite einseitig zu stärken;
- Fragmentierung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse; erhöhte Konkurrenz um Arbeitsplätze;
- »Rationalisierung« und Abbau sozialstaatlicher Leistungen;
- Ende der Hegemonie des US-amerikanischen Wachstumsmodells; das japanische, amerikanische und westdeutsche Modell stehen nunmehr in Konkurrenz zueinander.

Durch diese Veränderungen im Laufe der 70er und 80er Jahre verschlechterten sich substantiell die terms of trade sozialdemokratischer Politikmöglichkeiten. Lohnerhöhungen wurden nun in der neuen Phase nicht mehr nachfragetheoretisch für gut befunden, sondern als schädlich für die Wettbewerbsfähigkeit von Betrieben und Volkswirtschaften interpretiert. Aus dieser Sichtweise wurde Arbeitslosigkeit nicht mehr keynesianisch bekämpft, sondern sie müsse neoklassisch über die Angebotsseite bekämpft werden. Die Internationalisierung der Wirtschaft, so die sich bei den politischen Entscheidungseliten durchsetzende Wahrnehmung, internationalisiere gewissermaßen die Multiplikatoreffekte staatlicher Nachfragestimulierung (Boyer 1988, S. 208) und bestrafe nationale Alleingänge des deficit spending. Masseneinkommen, nach der fordistischen

Logik verteilt, führten deshalb nicht notwendigerweise zu einer Nachfrageerhöhung auf dem Binnenmarkt. Der Paradigmenwandel vom Keynesianismus zu angebotsorientierten Theorien in den Wirtschaftswissenschaften in den 70er Jahren zog spätestens zu Beginn der 80er Jahre einen Wandel in der Wirtschaftspolitik der dominierenden Ökonomien nach sich (ebenda S. 196). Aus deren Sicht wurden die wachsenden Sozialausgaben der Betriebe und Firmen nicht länger als produktive Ausgaben für einen integrierten Kreislauf von Produktion und Konsumption gesehen, sondern einseitig als Kosten und Hemmnisse für die Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit auf dem heimischen und den internationalen Märkten betrachtet. Darüber hinaus haben Deindustrialisierung, Tertiärisierung und Arbeitslosigkeit die Verhandlungsposition der Arbeitnehmer und der Gewerkschaften erheblich geschwächt.

Wenn bei dem ökonomisch und in seinen letzten Arbeiten zunehmend differenzierend argumentierenden Boyer die Krise der Sozialdemokratie weitgehend implizit bleibt, wird sie bei den stärker politiktheoretisch orientierten bundesdeutschen Vertretern des Fordismus/Postfordismus-Konzeptes Hirsch/Roth (1986), Häusler/Hirsch (1987) und Hirsch (1990) explizit gemacht. Hirsch kritisiert an den französischen Gründervätern der Regulationstheorie, daß sie mit zunehmender Konzentration auf empirische ökonomische Teilanalysen das Projekt einer allgemeinen Gesellschaftstheorie aufgegeben hätten (Hirsch 1990, S. 23). Im Stile der bundesdeutschen Staatsableitungsdebatte versucht er mit seinen Co-Autoren, die beiden Regulationsbegriffe (Akkumulationsregime und Regulationsweise) mit den über Poulantzas rezipierten Hegemoniebegriff Gramscis zu verbinden, um so zu einer »umfassenderen Theorie der Struktur und Entwicklung der kapitalistischen Gesellschaft« vorzustoßen.

Basierend auf der empirisch schmalen Analyse der Bundesrepublik und den USA und damit wenig bedrängt von aus vergleichenden Analysen sich ergebenden Differenzierungsskrupel diagnostizierten die bundesdeutschen Epigonen der französischen Regulierungstheorie die Gewißheit einer universellen

Krise des »fordistischen Massenintegrationsmodus« und die »Entstehung damit konfligierender Politik- und Interessenswahrnehmungsformen« (Hirsch/Roth 1986, S. 71). Sie argumentieren, »die politische Regulierungsform der fordistischen Sozial- und Klassenbeziehungen, des zentralbürokratischen Korporatismus, des Keynesianismus und der sozialdemokratischen Reformpolitik« sei zur »Schranke für die notwendige Anpassung sozialer Strukturen und Reproduktionsbedingungen« geworden. In dieser Krise seien die sozialdemokratischen Parteien schlicht dazu verurteilt, mit »einer immer schärfer werdenden Austeritätspolitik« die Beschneidung sozialstaatlicher Leistungen, den Abbau von Schutzgarantien und demokratischen Rechten durchzusetzen. Kurz, die Sozialdemokratie sei gezwungen, Politik gegen ihre wichtigste Klientel, die Lohnabhängigen, zu betreiben. Folglich, so die zumindest theorieimmanent zwingende Schlußfolgerung von Hirsch/Roth, wurde »diese Krise zur Krise der Sozialdemokratie als ›der‹ Regierungspartei des Fordismus« (ebenda S. 71).

Mit der Erosion des »fordistischen Akkumulationsregime« seien der sozialdemokratischen Umverteilungspolitik die materiellen Grundlagen auf doppelte Weise entzogen worden: zum einen verschlechterte die »Internationalisierung der Austeritätspolitik« und der über die Senkung der Produktionskosten betriebene Wettlauf nationaler Ökonomien um internationale Wettbewerbsfähigkeit die Opportunitätsstruktur sozialdemokratischer Wirtschafts- und Sozialpolitik; zum anderen »tertiarisieren« sich die Lohnabhängigen aus dem industriellen Einzugsgebiet der Sozialdemokratie hinaus, wodurch die Organisierung und Wählergewinnung der sich ausdifferenzierenden einstigen Arbeiterstammklientel über Gewerkschaften, soziale Milieus und ähnliche Lebensstile zunehmend schwerer bzw. unmöglich wird. So ist auch für die Theoretiker des Postfordismus das Ende des »Jahrhunderts« sozialdemokratischer Politik längst programmiert und damit der Niedergang sozialdemokratischer Parteien kaum mehr als eine Frage der Zeit. Hirsch erklärt bündig, und damit unterscheidet sich der marxistische Postfordismus-Theoretiker in nichts von dem Liberalen Dahrendorf: »Die ökonomi-

sche, politische und ideologische Krise der Sozialdemokratie bedeutete zugleich auch das Ende des auf etatistischen Reformismus gestützten, bürokratisch-korporativen Wohlfahrtsstaats.« (Hirsch 1990, S. 105) Das Ende des Fordismus also, bedeutete auch das Ende sozialdemokratischer Politik.

Rational Choice: das elektorale Dilemma der Sozialdemokratie

Eine der einflußreichsten Stimmen im Chor der »Niedergangstheoretiker« kommt aus den USA und basiert auf Grundannahmen der »rational-choice-theory«. Einer ihrer renommiertesten Vertreter, Adam Przeworski, sieht die Sozialdemokratie als »historisches Phänomen« (1985, S. 7) keineswegs aufgrund von Abweichungen von der vermeintlich »korrekten Linie« oder infolge des »Klassenverrates« ihrer Führer gescheitert. Sie sei vielmehr zwingend zum Niedergang verurteilt gewesen, und dies aufgrund »rationaler strategischer Entscheidungen«, zu denen ihre Führer angesichts des unausweichlichen Dilemmas des »electoral socialism« (Przeworski/Sprague 1986, S. 55) gezwungen worden seien. Denn als es klar geworden sei, daß die Arbeiter in keiner Gesellschaft zur numerischen Mehrheit werden würden, lag es auf der Hand, daß das originäre Ziel der Sozialdemokratie – die Emanzipation der Arbeiterklasse – nicht von den Arbeitern alleine erreicht werden könnte. Die Führer der sozialdemokratischen und sozialistischen Parteien seien deshalb gezwungen gewesen, Unterstützung von anderen gesellschaftlichen Schichten zu gewinnen. Und genau hierin liege das eigentliche Dilemma: Um an den Wahlurnen erfolgreich zu sein, müßten sozialdemokratische Parteiführungen eine über den Klassen liegende Position einnehmen. Und indem sie das tun, schwächten sie ihre Fähigkeit, die Arbeiter als Klasse zu gewinnen. Verfolgten sie jedoch eine »reine Klassenstrategie«, seien sie zu einem unaufhebbaren Minderheitsstatus verurteilt. Folgten sie aber »supraclass« Strategien, indem sie an die Mittelschichten appellierten, verlören sie Wähler innerhalb der Arbeiterschaft. »They seem unable to win either way«

(ebenda S. 56) ist denn auch die Quintessenz des elektoralen Dilemmas, wie es von Przeworski und Sprague formuliert wurde.

Dem von Przeworski und Sprague postulierten Dilemma des »elektoralen Sozialismus« liegen mindestens vier axiomatische Annahmen und Definitionen zugrunde, die theoretisch unzureichend begründet und empirisch zweifelhaft sind (vgl. auch: Sainsbury 1990, S. 29 ff.; King/Wickham-Jones 1990):

1. Przeworski und Sprague definieren Arbeiterklasse sehr eng: »Workers include manual wage earners in mining, manufacturing, construction, transport, and agriculture, as well as their inactive adult household members« (1986, S. 34 f.). Arbeiter und Angestellte im Bereich einfacher privater und öffentlicher Dienstleistungen bleiben ausgespart. Tatsächlich orientieren sich die beiden amerikanischen Politikwissenschaftler damit explizit an Klassendefinitionen des ausgehenden 19. Jahrhunderts, wie sie der späte Engels 1888 in einer englischen Neuauflage des Kommunistischen Manifestes und Karl Kautsky in seinem Kommentar zum Erfurter Programm gegeben haben. Eine solche Klassenbestimmung aus dem alleinigen Kriterium der Stellung des Lohnabhängigen im Produktionsprozeß mag für die Jahrhundertwende seine Plausibilität beziehen; für die Periode nach dem Zweiten Weltkrieg ist sie jedoch weder auf der Grundlage von Einkommen, Status, soziokulturellen Milieus, Lebensstilen noch in Hinblick auf die materiellen Interessenslagen zu begründen. Allerdings ist diese enge Definition für das von Przeworski und Sprague behauptete Wahldilemma von ganz erheblicher Bedeutung. Denn so können sie historisch gesichert postulieren, daß von dieser Arbeiterklasse erwartet wurde, daß sie der »Sache des Sozialismus« zur Mehrheit verhelfen würde, um dann jedoch zugleich völlig zutreffend zu folgern, daß »this proletariat was not and would never become a majority of any society« (ebenda S. 34).

Hier wird zum ersten Mal eine Inkonsequenz in der Verwendung des Klassenbegriffs bei Przeworski und Sprague deutlich. In der oben zitierten Klassenbestimmung stützen sich

die beiden rational choice-Theoretiker überraschenderweise auf einen strukturellen Klassenbegriff. Klasse ist hier schlicht definiert durch die sozialstrukturelle Position des einzelnen. Allerdings wehrt sich insbesondere Przeworski mit guten Argumenten dagegen, Klassenunterstützung für sozialdemokratische Parteien schlicht als ein Epiphänomen einer solchen sozialstrukturellen Lage zu begreifen. Dem Begriff der »class structure« setzt er sein aussagekräftigeres Konzept der »class formation« entgegen (vgl. Przeworski 1985, S. 64 ff.). Dadurch betont er besonders den Einfluß von Klassenorganisationen und Klassenkämpfen darauf, welche Form von kollektiver Identität, welche Art von politischen Engagements und welche Wahlpräferenzen sich unter den Arbeitern herausbilden. Klasse wird aus dieser handlungstheoretischen Sichtweise erst als das Endprodukt strategischen Handelns von Arbeiterorganisationen verstanden.

2. Przeworski und Sprague begreifen die Klasseninteressen von Arbeitern als klar unterschieden von den Interessen anderer gesellschaftlicher Klassen und Schichten. Damit verneinen sie die Möglichkeit, diese unterschiedlichen Klasseninteressen in einem synthetischen Politikkonzept gleichermaßen verfolgen zu können. Przeworski argumentiert hier, daß Strategien, die auf Wählergruppen außerhalb der Arbeiterklasse zielen, meist die Opferung von Arbeiterinteressen zur Grundlage und Folge haben. Arbeiter können dann bei einer klassenübergreifenden Politik nicht mehr als Arbeiter mobilisiert werden, sondern nur noch allgemein als Individuen, als Steuerzahler, Konsumenten, Eltern, Arme, »the people« etc. angesprochen werden. Damit verlieren sozialdemokratische Parteien ihren Klassencharakter, und die Niedergangspirale beginnt. Denn, so Przeworski und Sprague: »Whenever leftist parties are successful in mobilizing large electorals support from anyone else they suffer a loss of opportunities among narrowly defined workers.« (Przeworski/ Sprague 1986, S. 60)

Przeworski und Sprague vermeiden die zwar analytisch logische, aber in der realen Welt nichtsdestoweniger künstliche

Unterscheidung von Klasseninteressen der Arbeiter und deren Interessen als Staatsbürger, Konsumenten, Steuerzahler etc. zu verdeutlichen. Eine Konkretisierung von über Jahrzehnten hinweg invarianten exklusiven Klasseninteressen der Arbeiter würde auch schwerfallen. Untersucht man zentrale Forderungen der Klassenorganisation Gewerkschaften in der Nachkriegsperiode, wie Vollbeschäftigung, Lohnerhöhungen oder die unterschiedlichen Formen der Mitbestimmung, wird man nach der engen Definition von Arbeiterklasse, die Przeworski und Sprague zugrunde legen, kaum von exklusiven Klasseninteressen sprechen können. Diese Forderungen liegen potentiell im Interesse *aller* Lohnabhängigen und nicht nur der Arbeiterklasse allein. Selbst die schon in den ersten beiden Jahrzehnten dieses Jahrhunderts unter Sozialdemokraten umstrittene Verstaatlichung der Produktionsmittel muß unter den Aspekten gesamtwirtschaftlicher konjunktur- und industriepolitischer Steuerung keineswegs zwingend als reines Klasseninteresse angesehen werden.

Aber selbst wenn man die Existenz von exklusiven Klasseninteressen der Arbeiter in modernen Industriegesellschaften unterstellt, die These von einer Verwässerung der Klassenpolitik durch supra-class-Strategien akzeptiert, bleibt die Konstruktion des »electoral trade off« zwischen Arbeiter- und Nicht-Arbeiterstimmen höchst zweifelhaft. Przeworski und Sprague bieten auch keine überzeugende Erklärung an. Daß Arbeiter durch moderatere »supra-class-strategies« weniger angesprochen werden als durch radikale Klassen-Strategien, kann nur auf der Prämisse plausibel erscheinen, daß Arbeiter ihre Interessen am besten durch eine radikale Klassenpolitik vertreten sehen und dieses »rationale« Kalkül dann das bestimmende Motiv für ihre Wahlpräferenz ist. Mit Recht weisen Desmond King und Mark Wickham-Jones darauf hin, daß Przeworski und Sprague in *Paper Stones* primär die Strategien von *Parteien* analysieren und nicht den Gründen von Arbeiter- und Mittelschichtwählern für ihr Abstimmungsverhalten nachgehen. Dennoch basiert ihre These des

»electoral trade off« auf Annahmen über das Verhalten von Wählern (King/Wickham-Jones 1990, S. 391 ff.). Am Beispiel der britischen Labour Party der letzten 40 Jahre zeigen die beiden englischen Autoren zudem, daß es kaum die Mäßigung der Labour Strategie war, die zu Wählerverlusten unter den Arbeitern führte, weil diese die moderatere supra-class-Strategie mißbilligten. Als nämlich die Labour Politik in den 50er und 60er Jahren gemäßigt wurde, verlor die Partei zwar Stimmen unter den Arbeitern, aber diese Stimmen gingen an die Konservativen und die Liberalen. Als die Labour Party sich dann in den 70er und 80er Jahren wieder radikalisierte, verlor sie trotzdem weiterhin Arbeiterstimmen an die konservative, die liberale und sozialdemokratische Partei. »There is little evidence« schließen King und Wickham-Jones »that the party was too moderate, too respectable or too middle class. They abandoned it for other reasons. The British case, at any rate, does not substantiate *Paper Stones*.«

3. Bestritten werden soll hier auch die axiomatische Reduzierung parteistrategischer Überlegungen auf die Frage, ob die Partei eine Klassen- oder eine klassenübergreifende Strategie verfolgen solle. Parteien wollen nicht nur Stimmen um jeden Preis maximieren, sondern müssen abgesehen von programmatischen Verpflichtungen auch eine bestimmte institutionellen und politischen Problemzwingen Rechnung tragende kohärente Regierungspolitik formulieren. Nicht erst in Gesellschaften mit postindustriellen Zügen erscheint die idealtypische Trennung von »class-« und supra-class-Strategien in der Realität kaum auffindbar. Die Annahme zudem, die vielfältigen Politikziele von Parteien könnten von konsensuell oder autokratisch entscheidenden Eliten zum alleinigen Zweck der Stimmenmaximierung unter eine der beiden Strategien subsumiert werden, offenbart eine vereinfachende Sichtweise über das Zustandekommen von Entscheidungen in Parteien. Parteien sind keine monolithisch organisierten Akteure, sondern vielmehr häufig »Stratarchien« (Eldersveld 1964), in denen auf unterschiedlichen Ebenen, zwischen un-

terschiedlichen Fraktionen (Sartori 1976; Raschke 1977) vielschichtige Konflikte ausgetragen und Kompromisse geschlossen werden müssen (Beyme 1984, S. 287 ff.). Selbst die Verfolgung konträrer Ziele und unterschiedlicher Wahlstrategien von vertikalen und horizontalen Teilorganisationen innerhalb einer Partei können gleichzeitig koexistieren. Die SPD der 70er Jahre (Müller-Rommel 1982), die französischen Sozialisten nach 1945 (Bell/ Criddle 1989) und die italienischen Sozialisten von 1980 (Merkel 1985) seien hier als besonders prägnante Beispiele genannt. Reduziert man jedoch komplexe reale Parteistrategien zu statistisch-empirischen Untersuchungszwecken grob vereinfachend auf ihren Klassen- oder klassenübergreifenden Charakter, stellt sich die Frage, ob nicht dadurch von vorneherein ein statistischer Artefakt erzeugt wird.

4. Zweifelhaft erscheint auch das Theorem, daß sozialistische und sozialdemokratische Parteien nur dann eine supra-class-Strategie verfolgen, wenn sie sich »ausreichender« Unterstützung durch die Arbeiterklasse sicher sind (Przeworski/Sprague 1986, S. 88). Sie ist weder logisch zwingend noch empirisch haltbar. Nämlich gerade dann, wenn den Strategieplanern der Parteizentralen klar wird, daß ihre Kernklientel, die Arbeiterschaft, »wegtertiarisiert« oder von starken kommunistischen Parteien fest gebunden wird, kann es nur rational sein, sich wahlstrategisch auch stärker auf die Mittelschichten zu konzentrieren, d. h. eine supra-class-Strategie zu verfolgen. Die erste Überlegung spielte eine große Rolle für die Wende von Bad Godesberg 1959, während der zweite Grund zu einer erfolgreichen klassenübergreifenden Strategie der sozialistischen Parteien Frankreichs, Portugals, Spaniens und Griechenlands geführt hat.

Obwohl Przeworskis und Spragues Analyse theoretisch und methodisch feiner konstruiert ist als Dahrendorfs häufig nur essayistischen Gesten oder gar die rituelle Klage von orthodoxen Marxisten über »Reformismus«, »Revisionismus« und »Opportunismus« der Sozialdemokratie, kommt sie doch zu der gleichen Schlußfolgerung: der Niedergang der Sozialde-

mokratie ist unvermeidlich. Möglicherweise ist dies auf ein eigenartiges Paradox in Przeworskis und Spragues Erklärungsansatz zurückzuführen. Auf der einen Seite zeigt sich die epistemologische Eleganz der auf dem methodischen Individualismus basierenden Theorie der rationalen Wahl. Auf der anderen Seite schützt der »rational choice«-Ansatz die beiden Autoren nicht davor, in ihrer Erklärung letztendlich einem kruden soziologischen Determinismus zum Opfer zu fallen, gegen die Gebote der eigenen Theorie verstoßend »class structure« an die Stelle von »class formation« zu setzen. Denn, obwohl die Autoren zugestehen, daß Institutionen, Strategiewahlen und Politiken durchaus Einfluß auf Erfolg und Mißerfolg sozialdemokratischer Parteien haben können, postulieren sie, daß längerfristig das durch den postindustriellen Wandel verschärfte eherne Wahldilemma den irreversiblen Abstieg des »elektoralen Sozialismus« programmiert. Die von Przeworski und Sprague durchaus gesehene Möglichkeit, daß Parteien die öffentliche Meinung beeinflussen, kollektive Identifikationen und politische Bindungen stiften können, bleibt damit folgenlos für die (deterministische) Schlußfolgerung.

Methodologische Schwächen der Interpretation

Determinismus und universeller Geltungsanspruch sind in der Konstruktion des Ansatzes eingebaut. Denn sowohl das Paradigma des methodologischen Individualismus als auch der sozialstrukturelle Determinismus tendieren zu einer Vernachlässigung der unterschiedlichen politischen Institutionen, sozioökonomischen Strukturen und Zyklen als national variierende Opportunitätsstrukturen für politische Strategie- und Politikwahlen. Dadurch entsteht eine fast zwangsläufige Tendenz zu summarischen, Allgemeingültigkeit beanspruchenden, kontextungebundenen Konklusionen und Voraussagen. Nicht zureichend erklären kann ein solches theoretisches Konstrukt die *unterschiedlichen* Erfolge von politischen Strategien und policies. Es kann weder die Gründe für die Wahlerfolge der Soziali-

sten in Frankreich, Griechenland und Spanien während der vergangenen Dekade erklären, noch die Ursachen benennen, die dem Comeback der schwedischen, der Stabilität der finnischen, den Oszillationen der norwegischen oder dem temporären Niedergang der dänischen Sozialdemokraten zugrunde liegen. Es bleibt stumm auf die Fragen, warum sich in Schweden und Finnland traditionelle Wohlfahrtspolitiken für sozialdemokratische Parteien in den Wahlen auszahlen, Spaniens Sozialisten mit einer liberalen Wirtschaftspolitik bei Arbeitern *und* Nicht-Arbeitern an den Wahlurnen 1986 und 1989 reüssierten, der Parti Socialiste Français erfolgreich auf eine supra-class-Strategie einschwenkte, ohne den gesicherten Rückhalt in der Arbeiterschaft zu haben, und Griechenlands PASOK mit einer klassenübergreifenden etatistisch-klientelistischen Wirtschafts- und Sozialpolitik Arbeiter, Mittelschichten und Teile der Landbevölkerung in den 80er Jahren gewinnen konnte, obwohl sie mit einer relativ starken KP konfrontiert war.

Die hier von mir diskutierten Niedergangstheorien zur Sozialdemokratie leiden an einer gemeinsamen Schwäche, nämlich der rein statischen Wahrnehmungen der sozialdemokratischen Parteien. Diese tauchen als Objekte, nicht jedoch im Status von Akteuren auf. Auf der einen Seite liefern die Theorien differenzierte Analysen der sich seit den 70er Jahren wandelnden ökonomischen und sozialen Umwelten. Aber auf der anderen Seite betrachten sie die sozialdemokratischen und sozialistischen Parteien schlicht als mehr oder minder passive Opfer in einer sich wandelnden Welt. Sie vernachlässigen deren Fähigkeit, sich an die »Umwelt« anzupassen und ihrerseits auf sie einzuwirken. Sie unterschätzen die »revisionistische« Fähigkeit der Sozialdemokratie, Strategien, Ziele und Politiken im Lichte des ökonomischen Wandels zu überprüfen und gegebenenfalls zu revidieren, um die Bedingungen ihres politischen Überlebens und Erfolges herzustellen, zumindest aber zu beeinflussen. Insofern erfassen die Theorien trotz aller Raffinesse gegenüber der »realen« Welt nicht deren Komplexität und Dimensionen, wie die Einzelanalysen dieses Bandes zeigen werden.

Literaturangaben

- Aglietta*, Michel: Régulation et crises du capitalisme, Paris 1976
Ders.: World Capitalism in the Eighties, in: *New Left Review* 136, 1982, S. 5–41
- Bell*, David S./*Criddle*, Bernard: The French Socialist Party, Oxford 1989
- Beyme*, Klaus von: Parteien in westlichen Demokratien, München 1984
- Beck*, Ulrich: Risikogesellschaft, Frankfurt 1986
- Bell*, Daniel: Die nachindustrielle Gesellschaft, Frankfurt 1975
- Boyer*, Robert: Théorie de la Régulation. Bilan, Critique, Perspectives, Paris 1976
Ders.: (Hg.): The Search for Labour Market Flexibility. The European Economis in Transition, Oxford 1988
Ders.: The Capital Labor Relations in OECD Countries: From the »Golden Age« to the Uncertain Nineties, Ms. Paris 1989
- Buchanan*, James M: Die Grenzen der Freiheit, Tübingen 1984
Ders.: Hemmnisse und Hindernisse marktwirtschaftlicher Reformen, in: *NZZ* 27. 1. 1990
- Buci-Glucksmann*, Christine/*Therborn*, Göran: Der sozialdemokratische Staat, Hamburg 1982
- Crozier*, Michael et al: (Hg.): The Crisis of Democracy, New York 1975
- Dahrendorf*, Ralf: Soziale Klassen und Klassenkonflikte, Stuttgart 1957
Ders.: Life Chances: Approaches to Social and Political Theory, London 1980
Ders.: Die Chancen der Krise. Über die Zukunft des Liberalismus, Stuttgart 1983
Ders.: Die neue Unterklasse, in: *Die Zeit* 2. 2. 1984
Ders.: Fragmente eines neuen Liberalismus, Stuttgart 1987
Ders.: Tertium Non Datur: A Comment on the Andrew Shonfield Lectures, in: *Government & Opposition* 2/ 1989, S. 131–141
- Delorme*, Robert: Wohlfahrtsstaat und Beschäftigungsniveau. Empirische Argumente aus der Sicht der französischen Regulierungstheorie, in: *Matzner*, Egon/*Kregel*, Jan/*Roncaglia*,

- Allesandro (Hg.) Arbeit für alle ist möglich, Berlin 1987, S. 187–214
- Eldersveld*, Samuel J: Political Parties. A Behavioural Analysis, Chicago 1964
- Esping-Andersen*, Goesta: Politics Against Markets, Princeton 1985
- Giersch*, Herbert: Eurosclerosis. Kieler Diskussionsbeiträge, Kiel 1985
- Glötz*, Peter: Manifest für eine Neue Europäische Linke, Berlin 1985
- Gransow*, Volker/*Offe*, Claus: Politische Kultur und sozialdemokratische Regierungspolitik, in: Das Argument 128, 1991, S. 551–564
- Habermas*, Jürgen: Die neue Unübersichtlichkeit, Frankfurt 1985
- Hall*, Peter: Governing the Economy, Cambridge 1986
- Ders.*: The Political Power of Economic Ideas. Keynesianism across Nations, Princeton 1989
- Häusler*, Jürgen/*Hirsch*, Joachim: Regulation und Parteien im Übergang zum Postfordismus, in: Das Argument 165, 1987, S. 651–671
- Hirsch*, Joachim: Kapitalismus ohne Alternative?, Hamburg 1990
- Hirsch*, Joachim/*Roth*, Roland: Das neue Gesicht des Kapitalismus, Hamburg 1986
- Hirschman*, Albert O.: How the Keynesian Revolution Was Exported from the United States, and Other Comments, in: Hall, Peter (Hg.). The Political Power of Economic Ideas. Keynesianism across Nations, Princeton 1989, S. 347–361
- Hübner*, Kurt: Theorie der Regulation, Berlin 1989
- Hübner*, Kurt/*Mahnkopf*, Birgit (Hg.): Der gewendete Kapitalismus. Kritische Beiträge zur Theorie der Regulation, Münster 1988
- Jessop*, Bob: Postfordismus, in: Das Argument 169, 1988, S. 381–390
- Johnson*, Harry G.: The Keynesian Revolution and the Monetarist Counter-Revolution, in: The American Economic Review, Papers and Proceedings 2/1971, S. 1–14

- Kallscheuer, Otto*: Philosophie und Politik in der deutschen Sozialdemokratie heute, in: *Leviathan* 11 (1983) 1, S. 1–27
- Keynes, John M.*: *The General Theory of Employment, Interest and Money*, New York 1936
- King, Desmond S./Wickham-Jones, Mark*: Review Article: Social Democracy and Rational Workers, in: *British Journal of Political Science* 20 (1990) 3, S. 387–413
- Kirchner, Emil*: *Liberal Parties in Western Europe*, Cambridge 1988
- Liebman, Marcle*: Reformism Yesterday and Social Democracy Today, in: *Socialist Register* 1985/6, London 1986, S. 1–22
- Lipietz, Alain*: Towards Global Fordism?, in: *New Left Review* 132 (1982), S. 33–47
- Ders.*: Akkumulation, Krisen und Auswege aus der Krise. Einige methodische Überlegungen zum Begriff der »Regulation«, in: *Prokla* 58 (1985), S. 109–137
- Ders.*: *Mirages and Miracles. The Crises of Global Fordism*, London 1987.
- Markovits, Andrei S./Pelinka Anton*. Social Democracy in Austria and West Germany in the 1970s and 1980s: A Comparative Assessment, in: *German Studies Review* 1989, S. 333–352
- Marquand, David*: Beyond Social Democracy, in: *Political Quarterly* 58 (1987), S. 243–254
- Merkel, Wolfgang*: *Vom Oppositionssozialismus zur Staatspartei. Die Sozialistische Partei Italiens unter Bettino Craxi*, Bochum 1985
- Ders.*: Sozialdemokratische Politik in einer »postkeynesianischen« Ära? Das Beispiel der sozialistischen Regierung Spaniens, in: *Politische Vierteljahresschrift* 4 (1989), S. 629–654
- Ders.*: Niedergang der Sozialdemokratie? Sozialdemokratie und Sozialistische Regierungspolitik im westeuropäischen Vergleich, in: *Leviathan* 18 (1990) 1, S. 106–133
- Miliband, Ralph/Saville, John/Liebman Marcel/Panitch, Leo*: *Socialist Register* 1985/6, London 1986
- Müller-Rommel, Ferdinand*: *Innerparteiliche Gruppierungen in der SPD: Eine empirische Studie über informell-organisierte Gruppierungen von 1969–1980*, Opladen 1982

- OECD Economic Studies* No 4, 1985: Special Issue: The Role of the Public Sector
- Offe, Claus*: Contradictions of the Welfare State, Cambridge 1984
- Olson, Mancur*: The Rise and Decline of Nations, New Haven 1982
- Panitch, Leo*: The Impasse of Social Democratic Politics, in: *Socialist Register* 6 (1985), S. 50–97
- Paterson, William E./Thomas, Alistair H*: The Future of Social Democracy, Oxford 1986
- Pekkarinen, Jukka*: Keynesianism and the Scandinavian Models of Economic Policy, in: *Hall, Peter (Hg.) The Political Power of Economic Ideas. Keynesianism across Nations*, Princeton 1989, S. 311–346
- Petras, James*: The Rise and Decline of Southern European Socialism, in: *New Left Review*, 146, 1984, S. 37–52
- Przeworski, Adam*: Capitalism and Social Democracy, Cambridge 1985
- Ders.*: Class, Production and Politics: A Reply to Buroway, in: *Socialist Review* 19 (1989) 2, S. 78–112
- Przeworski, Adam/Sprague, John*: Paper Stones. A History of Electoral Socialism, Chicago 1986
- Raschke, Joachim*: Organisierter Konflikt in westeuropäischen Parteien. Vergleichende Analyse parteiinterner Oppositionsgruppen, Opladen 1977
- Rose, Richard (Hg.)*: Challenge to Governance. Studies in Overloaded Politics, Beverly Hills/London 1980
- Sainsbury, Diane*: Party Strategies and the Electoral Trade-off of Class-based Parties, in: *European Journal of Political Research* 18 (1990) 1, S. 29–50
- Sartori, Giovanni*: Party and Party Systems, Cambridge 1976
- Scharpf, Fritz W*: Sozialdemokratische Krisenpolitik in Westeuropa, Frankfurt/New York 1987
- Schmidt, Manfred G.*: Wohlfahrtsstaatliche Politik unter bürgerlichen und sozialdemokratischen Regierungen, Frankfurt/New York 1982
- Share, Donald*: Socialists as Neoliberals, in: *Socialist Review* 4/1988, S. 38–67

Thieme, H.Jörg: Keynesianismus – Monetarismus: Was bleibt?
in: Starbatty, Joachim (Hg.): *Geldordnung und Geldpolitik
in einer freiheitlichen Gesellschaft*, Tübingen 1982, S.
18–34

Vobruba, Georg: Politik mit dem Wohlfahrtsstaat, Frankfurt
1983